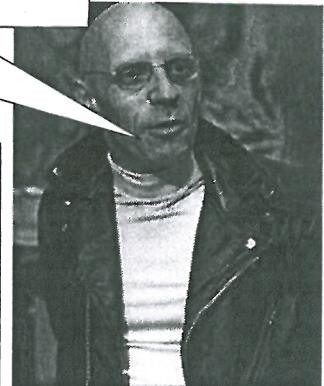


Foucault. Gouvernementalität. Bd. II. VL 4.

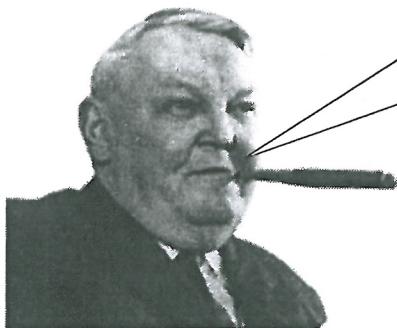
1948 „herrschen in ganz Europa [...] Wirtschaftspolitiken, die von einer Reihe [...] Erfordernisse erzwungen“ werden (Bd. II, S. 117.). Insgesamt müssen diese drei Forderungen erfüllen: 1. Wiederaufbau, 2. Planung, 3. Vergemeinschaftung und Verunmöglichung, dass es jemals wieder zu einem Phänomen wie dem Nazismus kommen kann. All diese Forderungen implizieren auf den ersten Blick politische Interventionen und zwar hinsichtlich der Verteilung von Ressourcen, des Gleichgewichts der Preise, der Höhe der Spareinlagen, hinsichtlich Investitionsentscheidungen und Vollbeschäftigung – also eine Interventionspolitik à la Keynes. Viele europäische Staaten sind auf diesem Kurs, nicht aber Deutschland. Dort können sich einige Wissenschaftler politisches Gehör verschaffen, die sich tiefgehend mit dem Nazismus auseinandersetzt haben und die den deutschen Staat – der erst mal wieder ins Leben gerufen werden muss – wie auch die Gesellschaft völlig umkrepeln wollen – mittels einer entsprechenden liberalen Ökonomie, einer ordoliberalen Ökonomie.



Walter Eucken, Ökonom



Es geht um die Zukunft Deutschlands: Wie sollen der deutsche Staat und die deutsche Wirtschaft zukünftig konzipiert sein? Was für eine Gesellschaft wird angestrebt? Wir, der wissenschaftliche Beirat, Exponenten der Freiburger Schule oder affin zu solchen, sind der Meinung, dass mit einer neuen liberalen Ökonomie auch der Staat und die Gesellschaft neu gestaltet werden können. Doch bevor ich zu weit aushole... Der erste Schritt muss sein, die Steuerungsfunktion des Wirtschaftsprozesses so weit wie möglich durch den Mechanismus der Preise zu gewährleisten. Wir verlangen deshalb deren sofortige Freigabe.



Ludwig Erhard, Verantwortlicher Wirtschaftsverwaltung Bizone

Dieser Beirat überzeugt mich: Freiheit der Preise, Freiheit der Marktteilnehmer – diese wirtschaftliche Freiheit als Fundament des Staates. Wichtig sind aber auch noch weitere Betrachtungen. „**Es sind aber weder die Anarchie noch der Termitenstaat als menschliche Lebensformen geeignet. Nur wo Freiheit und Bindung zum verpflichtenden Gesetz werden, findet der Staat die sittliche Rechtfertigung, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln.**“ (28. April 1948; Rede Erhards, aus: Bd. II, S. 143.)

Bizone = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet:
Per 1. Januar 1947 wurden der
amerikanisch- (Süd-BRD ohne
Südwesten) und der britisch-besetzte
(Nord-BRD) Teil Deutschlands in der
Bizone zusammengeschlossen.



Dieser Anarchie-Termitenstaat-Satz – Was sagt Erhard damit eigentlich?

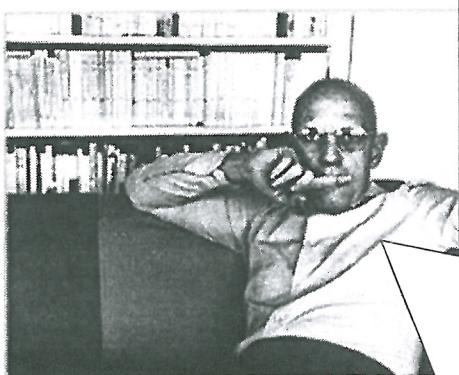
1. Ein Staat kann seine Macht nicht legitim ausüben, wenn er die Freiheit der Individuen verletzt. Anders formuliert: Ein Staat, der die Grundfreiheiten seiner Bürger verletzt, vertritt diese Bürger nicht. Damit spielt Erhard u.a. auf den nationalsozialistischen Staat an: Meines Erachtens will er damit sagen, dass das Dritte Reich seine Souveränität zwar auf legitime Weise ausübte, aber aufgrund der Missachtung der Freiheit seiner Bürger nicht als legitime Vertretung des deutschen Volkes angesehen werden kann. Kurz: Das NS-Regime war nur Souverän, nicht aber Volksvertretung.

2. Deutung des Satzes: Deutschland ist 1948 a) geteilt und b) besetzt durch die Alliierten. In diesem Kontext ist es unmöglich, dass sich ein kollektiver Wille der deutschen Bürger manifestieren kann. Denn wer kann einen freien Willen haben, wenn seine Möglichkeiten durch externe Kräfte, die Alliierten, massiv beschränkt sind? In diesem Kontext von 1948 gilt es also, einen institutionellen Rahmen für das künftige Deutschland zu schaffen. Dieser kann keine Bezüge zu Früherem haben – denn, wie erwähnt, auf welche Vergangenheit – auf welche historischen Rechte – könnte man sich auf Basis ebendieses Kontextes berufen? Auf nichts, die Vergangenheit fällt weg. Man muss in der Gegenwart und für die Zukunft denken – und zwar mit den Mitteln, welche verfügbar sind bzw. von den Besetzern akzeptiert werden. Der erwähnte institutionelle Rahmen soll denn auch nicht Souveränität ausüben. Vielmehr wäre seine Aufgabe, ausschließlich (wirtschaftliche) Freiheit zu schaffen und diese Freiheit zu sichern. Freiheit – wirtschaftliche Freiheit – ist also zentral. Von ihr aus kann das neue Deutschland – der Staat, die Gesellschaft – aufgebaut werden.

Fassen wir zusammen: „Die Geschichte hatte den deutschen Staat verneint. Künftig wird die Wirtschaft in der Lage sein, seine Selbstbehauptung zu ermöglichen“ (Bd. II, S. 126.). Und so wird Freiheit – die Schaffung und die Sicherung der Freiheit der Bürger – das Fundament des neuen Deutschlands. „Mit anderen Worten, die Einrichtung wirtschaftlicher Freiheit soll oder kann [...] gewissermassen [...] wie ein Sprungbrett für die Bildung einer politischen Souveränität funktionieren“ (Bd. II, S. 122.). Hinsichtlich des Wirtschaftssystems konnte man etwas verlangen, was man vom Verfassungsrecht oder internationalem Recht oder einfach von den politischen Partnern nicht so offen direkt verlangen konnte. Nämlich: den Wiederaufbau des deutschen Staates. Eine schlaue Strategie, denn 1. gibt man den Amis die Sicherheit, mit der deutschen Industrie und Wirtschaft freie Beziehungen ihrer Wahl unterhalten zu können, 2. beruhigt man derart Europa, denn man fordert nicht explizit und unmittelbar staatliche Souveränität. Es ist also angebracht zu sagen, die BRD sei ein „radikal ökonomischer Staat“ (Bd. II, S. 126.). Mir scheint wirklich, dass im Falle der BRD etwas Neues, bisher nicht Gekanntes vorliegt: Ein Staat, dessen Wurzeln „vollkommen ökonomisch“ sind. (ebd.)

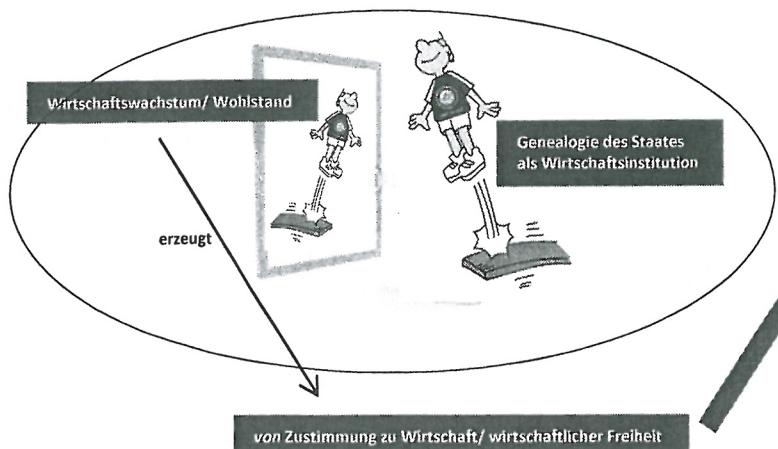


Besetzung Deutschland nach 2. WK:
 1) BRD: GB, USA, FR
 2) DDR: UdSSR
 3) Berlin: West-Berlin: GB, USA, FR; Ost-Berlin: UdSSR



Diese wirtschaftliche Freiheit, Wirtschaft also quasi als Sprungbrett, das sollte „einer der Grundzüge der deutschen zeitgenössischen Gouvernementalität bleiben.“ (Bd. II, S. 123.) „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der ihr Garant ist.“ (Bd. II, S. 124.) Mit anderen Worten: Wirtschaft und Staat (der sich ständig – abhängig von der Wirtschaft – neu definiert) stehen in steter Wechselwirkung: „Im zeitgenössischen Deutschland haben wir ständig eine Bewegung, die von der Institution der Wirtschaft zum Staat führt; die Wirtschaft bringt dem Staat nicht nur eine juridische Struktur bzw. Legitimation von Rechts wegen (diese wurde von der Geschichte ja gerade ausgeschlossen), vielmehr erzeugt die „Institution der Wirtschaft, die wirtschaftliche Freiheit, [...] etwas Wirklicheres, Konkreteres, etwas noch Unmittelbareres als eine Legitimation von Rechts wegen. [...] Alle diese Wirtschaftspartner erzeugen, insofern sie dieses wirtschaftliche Spiel der Freiheit akzeptieren, einen Konsens, der ein politischer Konsens ist.“ (Bd. II, S. 124.) Man sagt ja zum Staat und damit – als Nebeneffekt quasi – ja zum liberalen System. Bildlich: Das „Wirtschaftswachstum, die Produktion des Wohlstands durch dieses Wachstum erzeugt als Spiegelbild zur Genealogie Wirtschaftsinstitution/ Staat eine Bewegung von der Institution der Wirtschaft zur globalen Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Ordnung und ihrem System.“ (Bd. II, S. 125.) Der Staat und die Wirtschaft sind kongruent; erzeugen sie also Wohlstand (durch Wirtschaftswachstum), geht die Zustimmung zur Wirtschaft mit der Zustimmung zu staatlich-wirtschaftlicher Ordnung bzw. dem System einher.

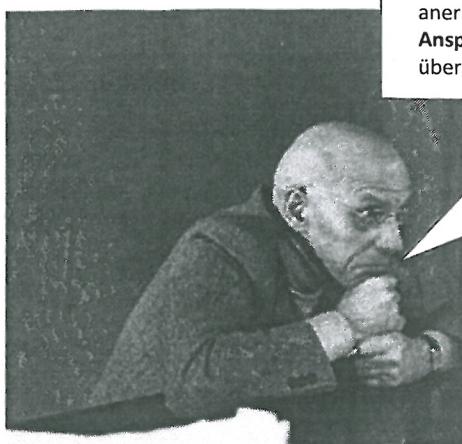
Diese ökonomische Wurzel der BRD begründet eine neue Dimension der Zeitlichkeit: Diese wird nicht mehr Geschichte sein, sondern Wirtschaftswachstum. „Die Umkehrung der Zeitachse, die Erlaubnis des Vergessens und das Wirtschaftswachstum: All dies steht, glaube ich, im Zentrum der Art und Weise, wie das ökonomisch-politische deutsche System funktioniert. Die wirtschaftliche Freiheit als gemeinsames Produkt des Wachstums sowohl des Wohlstands als auch des Staats als auch der Geschichtsvergessenheit.“ (126)



zu Zustimmung zu Ordnung/ System

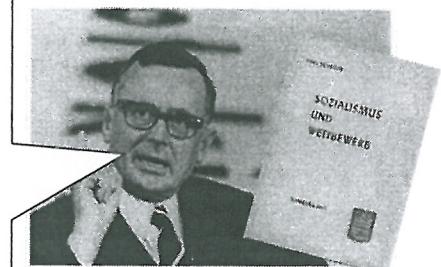
„Es handelt sich in Wirklichkeit um eine neue Programmgestaltung der liberalen Gouvernementalität. Eine interne Neuorganisation, die dem Staat wieder nicht die Frage stellt: Welche Freiheit wirst du der Wirtschaft lassen? Sondern die der Wirtschaft die Frage stellt: Wie kann deine Freiheit eine Funktion für die Staatenbildung in dem Sinne haben, dass sie gestatten wird, die Legitimität eines Staates wirklich zu begründen?“ (Bd. II, S. 138.)

Bis 1950 wehrt sich die SPD gegen das ordoliberalen Projekt bzw. dessen Umsetzung in der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und bleibt den allgemeinen Prinzipien der Sozialdemokratie treu. 1955 scheibt der Sozialdemokrat Karl Schiller ein Buch mit dem Titel „Sozialismus und Wettbewerb“. Fortan lautet die Formel des deutschen Sozialismus: „Soviel [sic!] Wettbewerb wie möglich und Planung im gerechten und notwendigen Mass.“ (Bd. II, S. 130.) 1959 kommt es endgültig zum Bruch: 1. Verzichtet die SPD auf das Prinzip des Übergangs zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und anerkennt damit, dass 2. das Privateigentum von Produktionsmitteln nicht nur legitim, sondern gar Anspruch auf staatlichen Schutz hat. 3. Billigt die SPD das Prinzip einer Marktwirtschaft und zwar überall dort, „wo zumindest die Bedingungen eines echten Wettbewerbs herrschen.“ (Bd. II, S. 130.)



Um sich am politischen Spiel des neuen Deutschland zu beteiligen, an der neuen Gouvernementalität teilzuhaben, muss sich die SPD den Thesen des Neoliberalismus anschliessen. Dies bedeutet den Bruch mit dem marxistischen Sozialismus. Schliesslich ist es 1963 vonnöten, sich gar vom englischen Modell, der keynesianischen Ökonomie, abzuwenden.

Karl Schiller (SPD)



Bundesminister für Wirtschaft (1966-1972) und Finanzen (1971-1972)

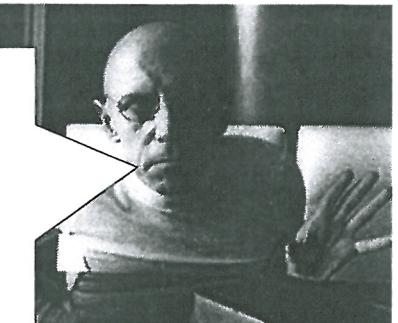


„Die Sozialdemokratie hat sich völlig demjenigen Typ von wirtschaftlich-politischer Gouvernementalität verschrieben, den sich Deutschland seit 1948 gegeben hat. Sie spielt das Spiel so gut“, dass ich, Willy Brandt, sechs Jahre später (1969) Kanzler der Bundesrepublik werde. (Bd. II, S. 133.)

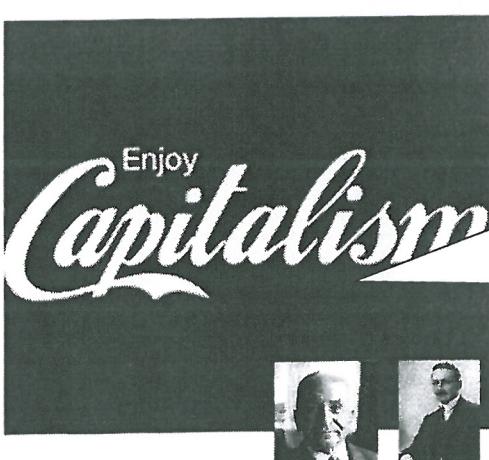
Seien wir ehrlich: Die deutsche Sozialdemokratie sieht sich seit 1948 mit einer „taktischen Einschnürung“ (Bd. II, S. 133.) konfrontiert: Und zwar auch deshalb, da der Sozialismus niemals eine wirkliche Alternative zum Liberalismus darstellen kann: „Der Sozialismus ist keine Alternative zum Liberalismus. Sie liegen nicht auf derselben Ebene, auch wenn es Ebenen gibt, auf denen sie in Widerstreit geraten, wo sie sich nicht gut miteinander vertragen. Daher röhrt die Möglichkeit ihrer unglücklichen Symbiose.“ (Bd. II, S. 137*)

1. fehlt dem Sozialismus im Gegensatz zum Liberalismus eine intrinsische Regierungs rationalität
2. kann der Sozialismus deshalb nur immer Anschlüsse – oder sagen wir: Zweige – verschiedener Gouvernementalitäten bilden, z.B. des Liberalismus, z.B. des Polizeistaates... und seine Früchte werden immer „vergiftet“ sein. (Bd. II, S. 136.) Das ist meine bittere Erkenntnis. Es gibt keine autonome sozialistische Gouvernementalität, da es keine Regierungs rationalität des Sozialismus gibt.

Jedenfalls kann ich aus den Texten und aus dem Innern des Sozialismus keine Gouvernementalität ableiten, ich finde sie da nicht verborgen. Ich müsste sie erfinden, diese Gouvernementalität. Nun ja – wir können jedenfalls sagen, dass das Problem der ökonomischen Rationalität des Sozialismus eine Frage ist, über die man diskutieren kann.



Foucault hat mich abgeschrieben. Er nennt meine Errungenschaften – „Früchte“ – „vergiftet“. Das erklärt vielleicht auch seine Skepsis und Ironie gegenüber der Frankfurter Schule.



Du kannst immer nur im Anschluss an mich realisiert werden, Sozialismus. Dir fehlt eine intrinsische Regierungs rationalität. Mit Regierungs rationalität meint Foucault „ein vernünftiges und berechenbares Mass des Umfangs der Modalitäten und der Ziele des Handelns der Regierung“ (Bd. II, S. 134.) Foucault teilt seine Meinung insbesondere mit von Mises und von Hayek.

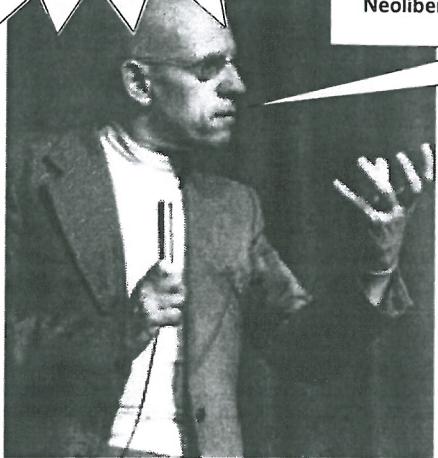


Ludwig von Mises

Friedrich August von Hayek

Foucault. Gouvernementalität. Bd. II. VL5.

Das Problem war 1948 folgendes: „Angenommen [...] es gibt einen Staat, der nicht existiert. Die Aufgabe sei nun, einen Staat zu schaffen. Wie kann man diesen zukünftigen Staat gewissermassen im voraus [sic!] legitimieren?“ Konkreter: „Wie kann man ihn auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Freiheit akzeptierbar machen, die zugleich seine Begrenzung gewährleistet und seine Existenz ermöglicht? Das war das Problem bzw. die Frage, die ich letztes Mal einzukreisen versuchte und die [...] das historisch und politisch vorrangige Ziel des Neoliberalismus darstellt.“ (Bd. II, S. 149.)



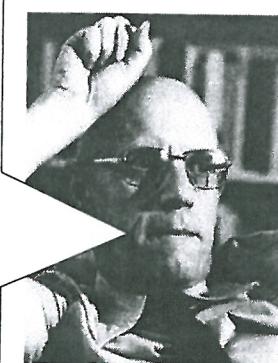
Wir, also die wirtschaftliche Freiheit bzw. die Marktwirtschaft, sind ohne Mängel, jedenfalls konnte uns niemand zweifelsfrei solche nachweisen. Deshalb macht es Sinn, dass wir den Staat konstituieren und nicht mehr umgekehrt. Aber: Das heisst nicht, dass der Staat nichts mit uns, der Wirtschaft, zu tun hat. Unser Spiel legitimiert zwar den Staat, aber dieser soll uns dann „von vorne bis hinten begleiten“ (Bd. II, S. 174). Wir werden der Regierung anzeigen, welche Regeln für uns Sinn machen und dies wird „alle Handlungen der Regierung bestimmen [...]. Man soll für den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu reagieren.“ (ebd.)



Da sich herausgestellt hat, dass der Staat an sich wesentliche Mängel hat, nichts aber beweist, dass die Marktwirtschaft diese Mängel hat, gilt fortan: Die Marktwirtschaft soll den Staat künftig nicht mehr nur begrenzen (da bin ich grad' dabei), sondern „das Prinzip der inneren Regelung seiner ganzen Existenz und seines ganzen Handelns“ konstituieren (Bd. II, S. 168.) – das übernehmen meine Kollegen da unten.

wirtschaftliche Freiheit = Grundlage der Staatslegitimation
(gewährleistet Existenz und Begrenzung des Staates)

Die Idee der Ordoliberalen (lat. *ordo* = Ordnung): Nicht mehr der Staat „gärtner“ an der Wirtschaft herum, interveniert in diese bei Bedarf, sondern umgekehrt: **Die Wirtschaft gibt die Ordnung des Staates vor, gleichzeitig legitimiert sie dessen Existenz.** Der Staat soll für den Markt regieren, nicht auf Veranlassung des Marktes (Bd. II, S. 174.). Damit aber die Wirtschaft bzw. die wirtschaftliche Freiheit gleichzeitig Garantie und Unterpfand für die Existenz des Staates sein kann, **bedarf es der Neuausarbeitung einer Reihe von grundlegenden Elementen in der liberalen Doktrin**“ (Bd. II, S. 149.), d.h. der liberalen Regierungskunst. Wir haben ja bereits im Anschluss an VL 3 über meine Auslegung des liberalen Freiheitsbegriffs diskutiert; dieses m.E. notwendige Zusammenspiel von Herstellung und Zerstörung der Freiheit, wobei letzteres leicht als Zuviel des Staates empfunden werden kann. Ich habe abschliessend in VL 3 den Keynesianismus erwähnt und hier den Ausgangspunkt der ordoliberalen Überlegungen angesetzt (Bd. II, S. 105f.). * Tatsächlich war der staatliche Interventionismus im Sinne Keynes nur einer mehrerer „Gegner“; die Erfahrung des Nazismus hat den ordoliberalen Denkern ermöglicht, das „Feld der Gegnerschaft“ sorgfältig zu bestimmen bzw. eben gerade dadurch ihren Liberalismus theoretisch zu konstituieren (Bd. II, S. 105.). Doch zunächst zu den ordoliberalen Denkern...



* „Man kann sagen, dass im Umkreis von Keynes, im Umkreis der interventionistischen Wirtschaftspolitik, die zwischen 1930 und 1960 umgesetzt wurde, unmittelbar vor dem Krieg und unmittelbar danach, alle diese Interventionen etwas herbeiführten haben, was man eine Kriege des Liberalismus nennen kann...“



Inspiriert durch 1. Edmund Husserls Phänomenologie,

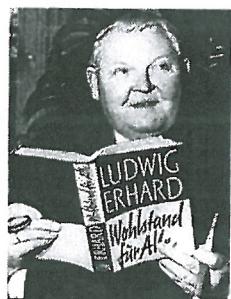


2. Wilhelm Röpke, 3. Alexander Rüstow,



Alfred Müller-Armack Leader: Walter Eucken

wissenschaftlicher Beirat



4. Friedrich von Hayek und angetrieben durch ein „Feld der Gegnerschaft“ (Rückseite) gewann der Beirat u.a. Ludwig Erhard (CDU). Dieser setzte mindest einen Teil der ordoliberalen Kerngedanken im Projekt der sozialen Marktwirtschaft um.

„Feld der Gegnerschaft“

oder: Was sich im historischen Liberalismus als möglich erwiesen hatte, im Ordoliberalismus aber unmöglich werden sollte:



1. Gegner: der Liberalismus selbst bzw. der Protektionismus, den er in Deutschland mit sich bringt.
Der bis dato (1948) in Europa praktizierte Liberalismus ist ein Liberalismus englischer Prägung, d.h. er ist auf die Bedürfnisse Englands ausgerichtet, aber nicht auf jene Deutschlands, was eine **protektionistische deutsche Wirtschaftspolitik** nach sich zieht.



2. Gegner: der Bismarcksche Sozialstaat

Damit Bismarcks Deutsche Nation ihre Einheit überhaupt erreichen und wahren kann, bedarf es der Einbindung des Proletariats in den sozialen und politischen Konsens. Alles, was die nationale Einheit gefährden könnte, muss beherrscht und unterdrückt werden.

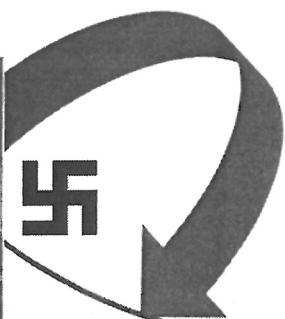


3. Gegner: Planwirtschaft der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik wird die Wirtschaft um einen zentralen Planungsapparat angeordnet: Ressourcenzuweisung, Festlegung des Preisniveaus, Ausbau der Vollbeschäftigung – dies gehört zum Katalog dieser Planwirtschaft. Zwar handelt es sich um keine konstante, aber eine wiederkehrende Form von Planwirtschaft.



= nazistisches Wirtschaftssystem

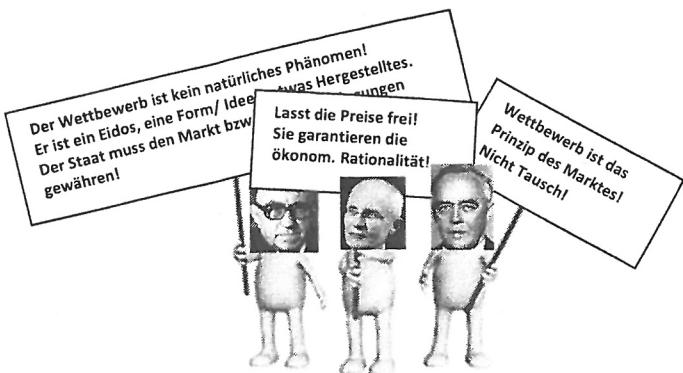


4. Gegner: Dirigismus Keynes'scher Art

Seit ungefähr 1925/ 1930 kritisieren deutsche Keynesianer den Liberalismus. Sie schlagen eine Reihe staatlicher Interventionen bezüglich der allgemeinen Gleichgewichte der Wirtschaft vor.

Protektionismus, Sozialstaat mitsamt Subventionswirtschaft, Planwirtschaft à la Weimarer Republik und Dirigismus Keynes'scher Art: „Vier Elemente, die ebenso viele Riegel vor eine liberale Politik schoben“ (Bd. II, S. 158.). **Mehr noch: Ein Element zieht unwiderruflich die anderen drei nach sich.** Der Nazismus hat dies bewiesen: In ihm bzw. durch seine Wirtschaftsverwaltung wurden die vier Elemente ein „fest gefügtes Ganzes“ (Bd. II, S. 158.). Der **Nazismus** offenbarte also das System der notwendigen Beziehungen zwischen diesen Elementen. In Folge untersuchten wir andere Wirtschaftstypen, z.B. die sowjetische Planwirtschaft, den New Deal, die Beveridge-Programme. Wir stellten auch hier fest, „dass [...] erstens dieselben Prinzipien [wie im nazistischen Wirtschaftssystem] im Spiel sind und zweitens jedes dieser Elemente die anderen drei anziehen“ (Bd. II, S. 160.) und deshalb in den Nazismus führen. Wir suchten deshalb nach einer **politisch-wirtschaftlichen Invariante**. Konkret: Wir versuchten festzustellen, ob es so etwas wie eine übergeordnete logische Notwendigkeit gab; d.h., eine Notwendigkeit, die über alles andere hinweg galt. Unsere Untersuchung zeigte 1.: Der wesentliche Unterschied besteht nicht zwischen **Kapitalismus und Sozialismus**, sondern zwischen „einer liberalen Politik und jeder beliebigen anderen Form des ökonomischen Interventionismus“ (Bd. II, S. 160.), d.h. allem dem, was nicht wirklich liberal ist; es handelt sich also um eine „**antiliberalen Invariante** [...] die ihre eigene Logik und innere Notwendigkeit hat“ (Bd. II, 160f.) und die deshalb „undurchlässig für den Gegensatz [...] Sozialismus-Kapitalismus“ (Bd. II, S. 165.) ist. Unsere weiteren Analysen führten zur Erkenntnis, dass 2. erwähnte „wirtschaftliche Invariante [...] und das Wachstum der Staatsmacht [...] aufs engste miteinander verknüpft sind“ (Bd. II, S. 163.). Und wir lernten noch mehr, nämlich dass 3. die dem Kapitalismus zugeschriebene „Gesellschaft des vereinheitlichenden und standardisierenden Konsums“ (Bd. II, S. 164.), diese Vermassung bei gleichzeitiger Atomisierung (Vereinzelung) der Individuen, in Wirklichkeit ebenfalls dem Staat zugeschrieben werden musste – einem interventionistischen, antiliberalen Staat; einem Staat, in dem „der Markt seine eigentliche Rolle gerade nicht spielt und wo die Verwaltung [...] die Verantwortung für das Alltagsleben der Menschen übernimmt“ (Bd. II, S. 165.). Kurz: Wir haben herausgearbeitet, dass dem praktizierten Liberalismus bzw. der entsprechenden Regierungskunst wohl bange wurde ob der Konsequenzen des Liberalismus. **Freiheit, dachte man, aber benötigt sie nicht eine Begrenzung, eine Rationalität, wie sie die Natur kennt?** Und so begannen diese ganzen Interventionen, die letztlich in den Nazismus führten. Fazit unserer Analyse: **Es hat sich herausgestellt, dass der Staat wesentliche Mängel hat, nichts aber beweist, dass die Marktwirtschaft diese Mängel hat.** Deshalb fordern wir, dass die Marktwirtschaft künftig nicht mehr nur das Prinzip der Begrenzung des Staats sein soll, sondern „das Prinzip der inneren Regelung seiner ganzen Existenz und seines ganzen Handelns“ (Bd. II, S. 168.) – Und entsprechend auch der Gesellschaft. **Alles Handeln des Staates soll von den Weisungen der freien Marktwirtschaft – der Freiheit ihrer Teilnehmer – geleitet sein; es soll ein starker Staat sein, der für die Wirtschaft regiert anstatt auf sie zu re(a)gieren.**





Lasst mich bzw. die Preise frei! Einmal frei, garantiere ich euch ökonomische Rationalität. Der Markt ist frei, aber: Er ist nicht natürlich, sondern hergestellt durch den Staat. Einmal aber in Gang gesetzt, greift der Staat nicht in den Markt ein, nur in dessen Bedingungen.

Eine Marktwirtschaft, die den Staat legitimieren-informieren und die Gesellschaft reformieren kann, verlangt nach gewissen Änderungen der traditionellen liberalen Doktrin. Namentlich konnte ich drei Verschiebungen herausarbeiten: 1. Für die ordoliberalen Denker ist der Wettbewerb, also Ungleichheit, das Prinzip des Marktes, nicht Tausch bzw. Äquivalenz. Nun ja, es gab auch einige Klassisch-Liberale, die ebenfalls den Wettbewerb als Prinzip annahmen, aber ja... Grundlegend aber unterscheiden sich die Ordoliberalen in den anderen zwei Punkten von den Klassisch-Liberalen: 2. Sie gehen nicht von einer Natürlichkeit des Marktes aus, d.h. sie sprechen entsprechend nicht wie die Liberalen von einem *Laissez-faire*; dieses Denken, der Markt folge natürlichen Gesetzen und man müsse ihn nur machen lassen bzw. der Staat müsse sich aus diesem Teil der Wirtschaft raushalten und falls er sich dann doch mal mit dem Markt beschäftige, dann nur, um zuzusehen, keine Elemente einzubringen, welche diese natürliche Dynamik unterbinden würden, - nun ja, es ist nicht unberechtigt, in diesem Zusammenhang von einer „naturalistischen Naivität“ (Bd. II, S. 172.) zu sprechen. Die Ordoliberalen gehen im Gegensatz hierzu und wieder in Anlehnung an Husserl vom Wettbewerb als einem *eidos* (griech. Form/ Idee), d.h. etwas Hergestelltem aus. Und wer stellt den Wettbewerb her bzw. dessen Bedingungen, wovon ja dann auch das optimale Funktionieren des Marktes abhängt? Der Staat. Also: Auch wenn die Existenz und Begrenzung des Staates auf dem Markt beruhen - Es ist letztlich dieser Staat, der sich auch genau auf die Bedürfnisse des Marktes bzw. dessen optimales Funktionieren ausrichtet und alle seine Handlungen danach ausrichtet. Voilà, dies ist 3.: „Es wird kein Spiel des Marktes geben, das man unbeeinflusst lassen soll, und dann einen Bereich, in dem der Staat zu intervenieren beginnen wird“ (Bd. II, S. 174.). Denn: Der Markt kann überhaupt nur dann in Erscheinung treten, „wenn er hergestellt wird, und zwar von einer aktiven [ordoliberalen] Gouvernementalität“ (Bd. II, S. 174.).

